

nicht sichert, daß in gleichem Maße Zuschläge gezahlt werden oder Löhne und Gehälter erhöht werden, der ein bestimmtes Verhältnis zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland auf Dauer festschreibt und der darüber hinaus führt, daß Großmachtsucht nicht in dem erforderlichen Maße eingeschränkt worden ist.

Und dennoch sage ich heute, selbst wenn ich diesem Vertrag nicht zustimmen kann, daß die Zeit kommen kann, wo die Regelungen, die besonders wichtig sind und die ich auch als positiv charakterisiert habe für die Interessen ehemaliger Bürgerinnen und Bürger der DDR, gerade auch durch eine Partei bzw. eine Fraktion der PDS dann sozusagen weiter erkämpft werden, für ihre Einhaltung mitgekämpft wird, weil es unter Umständen sehr wichtig sein kann, wo man jetzt schon hört, daß sogar Klage erhoben werden soll genau gegen die Bestätigung der Ergebnisse der Bodenreform und anderes. Aber so wie der Vertrag heute vorliegt, ist er so mangelhaft, ist er so unvollständig und enthält er zum Teil solche Regelungen, die wir noch gar nicht kennen, aber im vorab schon bestätigen sollen, daß ich namens der Fraktion der PDS zu einem solchen Anschlußvertrag keine Zustimmung geben kann, insbesondere deshalb nicht, weil die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der DDR völlig unzureichend, aber auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der BRD nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Abgeordneter Gysi, gestatten Sie eine Anfrage?

Dr. Ullmann (Bündnis 90/Grüne):

Gestatten Sie, Herr Gysi, eine Frage zu Ihrer Bemerkung über den Wortlaut von Artikel 146. - Sind Sie nicht geneigt, mir beizupflichten, daß in diesem Fall die Formulierung im Einigungsvertrag, den ich genauso kritisiere wie Sie, doch die günstigere ist, weil die Formulierung, die Sie bevorzugen, eine neue Verfassung, erstens tatsächlich nicht im Grundgesetz steht und zweitens auch den Unterschied zwischen Grundgesetz und Verfassung, der doch wohl wichtig ist, aufheben würde?

Dr. Gysi (PDS):

Es stand ursprünglich so drin, und dieses Wort ist dann gestrichen worden. Wenn das das Motiv wäre, könnte ich nicht damit einverstanden sein. Ich befürchte aber, daß das Motiv ist, darauf hinzuweisen, daß man eigentlich nicht viele Änderungen will, und mit der Begründung, daß man nicht viele Änderungen will, wird man genau solche Regelungen, auf die Sie, ich und andere großen Wert legen, wie Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, auf selbstbestimmte Mutterschaft nicht zulassen in dieser Verfassung. Und die Mehrheitsverhältnisse sind wahrscheinlich so, daß ja doch dieser Entwurf in erster Linie von der CDU dominiert sein wird, und so wird er dann wahrscheinlich auch aussehen.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es sind dann noch zwei Fragen. Können wir es dabei belassen?

Thietz (F.D.P.):

Herr Gysi, Sie führten aus, daß der Vertrag sehr unzulänglich sei, sehr viele Lücken offenlasse, und daß das doch sehr bedenklich sei. Würden Sie mir beipflichten, daß man hier doch bedenken muß, ob sich hier zwei völlig verschiedene, sich gegesätzlich gegenüberstehende Länder vertraglich vereinbaren oder ob sich hier das deutsche Volk wieder vereinigt und eine gemeinsame Zukunft aufbauen will, daß das damit doch eine ganz andere Basis ist, auf die man bei diesem Vertrag achten muß, und daß es

dann ganz verständlich ist, daß bei diesem komplizierten Prozeß, der hier eingeleitet wird, auch offene Stellen im Vertragswerk bleiben müssen?

Dr. Gysi (PDS):

Herr Abgeordneter, würden Sie mir zubilligen, daß das Verhalten des deutschen Kapitals auch seit dem März 1990 nicht viel Vertrauen in seinen Patriotismus rechtfertigt?

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

So daß ich dabei davon ausgehe, daß es dringend geboten war, vieles zu regeln, was anders nicht laufen wird. Und bei juristischen Dingen, wissen Sie, das sagen meine Erfahrungen, was Sie nicht genau geregelt kriegen, kriegen Sie auch später nicht mehr in der Hoffnung auf allgemeinen Patriotismus. Das ist meist trügerisch. Sie können sich andere Länder ansehen. Nehmen Sie mal Italien. Da sind die Unterschiede im Lebensniveau zwischen dem Norden und dem Süden auch vor geraumer Zeit festgeschrieben worden und bis heute im wesentlichen weiterentwickelt und nie aufgehoben worden. Das ist eine der Sorgen, es gibt auch noch andere, die hier zum Ausdruck kommen.

Was die militärischen und andere Fragen betrifft, da habe ich bei den Äußerungen, die ich aus Bonn höre, eher die Befürchtung, daß hier ein Ausbau stattfinden wird und nicht ganz deutlich die Richtung Abrüstung und Entmilitarisierung beschränkt wird, daß in anderer Hinsicht ein Beitrag dazu geleistet wird, daß man von vornherein das Ziel aufgibt, die dominierende Großmacht Europas zu werden, mit den Folgen, die das haben kann.

(Thietz, F.D.P.: Herr Gysi, wir werden das praktisch sehen.)

Zweifellos. Wenn Sie recht haben, bin ich sehr zufrieden, aber ich befürchte, daß ich recht habe.

Dr. Kalz (SPD):

Stimmen Sie mir darin zu, daß das Thema Kinderbetreuungseinrichtungen für den Wahlkampf instrumentalisiert wird? Seit vielen Jahren werden die bestehenden Kinderkrippen in der DDR bzw. das bestehende System von Kinderkrippen, von Kinderärzten und anderen kritisiert wegen der dort in das kollektive Erziehungssystem zum Sozialismus hin integrierten Verhältnisse. Es ist doch wohl zwingend, dieses System zu reformieren, zu verändern und zu verbessern. Ich vermisse in jeder Aussage eine Differenzierung zu diesem Thema, sondern erlebe immer nur wieder, daß wahlkampftaktisch außerordentlich günstig der Erhalt des bestehenden Systems, und das heißt, des unveränderten Systems, gefordert wird.

(Beifall)

Dr. Gysi (PDS):

Herr Abgeordneter! Ich habe schon mehrfach in Reden differenziert. Ich habe nie dagegen gesprochen, daß man das bestehende System qualitativ verbessert. Dafür bin ich, aber ich bin gegen seine Abschaffung. Das ist ein großer Unterschied.

(Beifall bei der PDS)

Da sind zwei ganz verschiedene Dinge. Und das halte ich auch für leichtfertig, weil es nämlich eine Verurteilung der Frauen zur Hausarbeit und zur Einschränkung ihrer Berufsmöglichkeiten und zu anderen Dingen ist. Also kann man darüber nicht so leichtfertig urteilen.

(Unruhe im Saal)

Ich will deutlich sagen: Ich bin für eine Verbesserung des bestehenden Systems, auch für eine bessere qualitative Betreuung, aber ich bin ganz und gar dagegen, es aufzugeben, im Gegenteil, das Netz des Angebots an Kinderbetreuungseinrichtun-